

Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.

Johann-Baur-Str. 24 c Postfach 1251 82352 Weilheim Tel.: 0881 - 4586 Fax 2080

Dossier

Geheimoperation Olympia 2008 Die globale Offensive der chinesischen Nachrichtendienste und ihre Folgen

von Erich Schmidt-Eenboom und Michael Müller

Copyright: Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V., Weilheim Januar 2009

Mit der Olympiade schlug 2008 auch die Stunde des gigantischen Pekinger Sicherheitsapparats, der allein in den Nachrichtendienste über etwa 800.000 Mitarbeiter verfügt¹. Neben der um 150.000 Mann verstärkten Polizei waren eine eigens gegründete Anti-Terroreinheit mit 100.000 Angehörigen, zahlreiche hauptamtliche Mitarbeiter der verschiedenen Nachrichtendienste und ein noch größeres Heer von 400.000 inoffizieller Mitarbeiter mit der Absicherung des prestigeträchtigen Sportereignisses befasst. Über den immensen Aufwand für die innere Sicherheit bis hin zum Bau von verbunkerten Flugabwehrstellungen in der Nähe der Stadien und dem Einsatz von dreihunderttausend Überwachungskameras ist in der deutschen Presse umfangreich berichtet worden².

Auch die Zensur der Presse und des Internets war von langer Hand vorbereitet worden. China verfügt über eine eigene Agentur zur Wahrung von Staatsgeheimnissen, die dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei untersteht. Zu deren Leiter war Ende 2005 Xia Yong, ein ehemaliges Mitglied von Maos „Roten Garden“ berufen worden. Neben seinen drei Stellvertretern, die zahlreiche Regionalbüros und Stabsstellen in Militär und Verwaltung kontrollieren, erhielt Xia Anfang 2007 zwei neue Direktoren, deren Aufgabe darin lag, die Verbreitung missliebiger Informationen über das Internet zu verhindern³. Dabei wird im Westen häufig übersehen, dass China über mehr Internetnutzer verfügt als die USA, von denen 100 Millionen eigene Blogs betreiben. Vor diesem Hintergrund setzt die Regierung zunehmend weniger auf Kontrolle und Zensur. Sie stellt vielmehr große Mengen an eigenen Informationen ein, die potentielle Kritik zum Teil vorwegnimmt und damit neutralisiert⁴. Bei den 2008 virulenten Themen eines Olympiaboykotts bzw. tibetischer oder uigurischer Unabhängigkeit konnte sie zudem auf den ausgeprägten Nationalstolz der Han-Chinesen setzen, die die Pekinger Position in Internet-Foren stärkten.

Völlig unberichtet blieb hierzulande, dass die chinesischen Athleten ihren Medailensegen – allein 51 Goldmedaillen – auch Bemühungen der Geheimdienste zu verdanken hatten. Der Auslandsnachrichtendienst Guoanbu unterstützte das Sportministerium über vier Jahre

1 Vgl. Faligot, Roger: Les Services Secrets Chinois de Mao aux Jo, Paris 2008; Faligot liefert auf 606 Seiten die umfang- und kenntnisreichste Darstellung der chinesischen Dienste, die je publiziert wurde.

2 Vgl. z.B. FOCUS 31/2008: Sicherheit vor Freiheit oder Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 8.7.2008: T wie Terrorismus

3 Vgl. Intelligence Online Nr. 573 vom 26.6.2008

4 Vgl. Noth, Jochen: Umfassende Liebe – totale Fassade, in: Kommune 5/2008, S. 23

hinweg. Seine Erkundungsteams rekrutierten ausländische Trainer, überwiegend aus dem Bereich der GUS-Staaten, und kundschafteten potentielle Rivalen der chinesischen Sportler aus, darunter schwedische Tischtennispieler sowie französische und italienische Fechter. Song Luzeng, Generalsekretär des chinesischen Olympischen Komitees, leitete dabei zugleich die Abteilung für auswärtige Beziehungen des Sportministeriums. Zudem sammelte auch das bei ihm angesiedelte Verbindungsbüro der Volksbefreiungsarmee Informationen für die Spiele⁵.

Was jedoch an weiteren auslandsnachrichtendienstlichen Aktivitäten im Vorfeld entfaltet worden war, fand fast keinen Eingang in die deutsche Berichterstattung. Chinas Geheimdienste instrumentalisierten die Sicherheitsvorkehrungen für die Olympiade nicht nur, um Dissidenten in den heimischen Metropolen mundtot zu machen. Das Pekinger Ministerium für Staatssicherheit ging seit 2005 Allianzen von Moskau bis München ein. Laut Rohan Gunaratna vom International Center for Political Violence and Terrorism Research unternahm die chinesische Regierung „massive Schritte, alle ausländischen Regierungen zu bewegen, einen Anti-Terror-Experten nach Peking zu entsenden“. Diese „Offiziere“ sollen Spezialeinheiten zur Terrorismusbekämpfung sowohl koordinieren als auch trainieren. Seit Juni 2005 seien Kooperationen mit Sicherheitsbehörden und Polizeidienststellen von 146 Staaten vereinbart worden, erklärte der Minister für Öffentliche Sicherheit Ende November 2006 stolz⁶. Dazu kam eine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien zur Abwehr nuklearer Gefahren, wie ihr Generalsekretär El Baradei im Juni 2008 widerstrebend einräumte⁷. Unter den Allianzen gibt es auch völlig neue mit früheren Gegnern wie Indien und der Türkei. Die großen Verlierer dieser Strategie, die unter der Fahne der Bekämpfung von Terrorismus segelt, waren die Tibeter unter ihrem Dalai Lama und die muslimische Minderheit der Uiguren.

Arrangements in Asien

5 Vgl. Intelligence Online Nr. 575 vom 27.8.2008

6 Vgl. People's Daily vom 25.11.2006. Der wachsende Bedarf an internationaler Polizeikooperation resultiert auch daraus, dass China inzwischen das größte Kontingent an Friedens- und Polizeitruppen für die Vereinten Nationen stellt; vgl. Noth, Jürgen: a.a.O., S. 20

7 Vgl. DER SPIEGEL 24/2008: „Wachhund, nicht Feuerwehr“

Im Vorfeld der Olympischen Spiele ging Peking im Frühsommer 2008 erneut in die außenpolitische Offensive, um das Verhältnis zu seinen asiatischen Nachbarn zu verbessern. Mit Taiwan wurden Verhandlungen zur Einrichtung beiderseitiger Verbindungsbüros und über Flugverbindungen geführt, mit den einstigen Kriegsgegnern Vietnam und Südkorea wurde eine strategische Partnerschaft vereinbart, während Nordkorea weitere Investitionen zugesagt wurden. Selbst der Konflikt mit Japan um die Erschließung von Gasfeldern im Südchinesischen Meer wurde durch ein Joint-venture zur Ausbeutung der Rohstoffvorkommen gelöst. An die Stelle alter Maximalforderungen von der „Wiedervereinigung“ mit Taiwan bis zu Gebietsforderungen an Vietnam war eine Politik des Ausgleichs getreten, die die Spiele überdauern wird⁸. Die umfangreichen Abkommen, die Hu Jintao bei seinem Staatsbesuch in Japan im Mai 2008 unter Dach und Fach brachte, unterstrichen die Wende in der Pekinger Außenpolitik seit seinem Amtsantritt als Staatspräsident im Jahre 2003: „Zum einen Aussöhnung und enge Zusammenarbeit mit allen Nachbarn und friedliche Lösung aller potenziellen Konflikte mit ihnen. Das gilt für die Großmächte und ehemaligen Feinde Indien, Russland und jetzt auch Japan, das gilt aber auch für die kleineren und Mittelmächte, wie Vietnam und die anderen ASEAN-Staaten, mit denen vielfache Grenz- und andere historische Streitigkeiten bestehen“⁹.

Den allergrößten Umbruch verzeichneten Beobachter der Geheimdienstszene allerdings gegenüber dem größten Rivalen um die wirtschaftliche und politische Macht in Südostasien. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben die seit Jahrzehnten verfeindeten Nachbarn China und Indien eine Zusammenarbeit auf geheimdienstlicher Ebene beschlossen. Als erste Schritte sind der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und die Einrichtung einer gemeinsamen nachrichtendienstlichen Koordinationsstelle vereinbart worden. Eine offizielle Stoßrichtung der neuen, nahezu revolutionären Zusammenarbeit ist der „gemeinsame Kampf gegen Terrorismus“.

Bereits im Dezember 2007 hatten Einheiten des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit gemeinsam mit Kräften des indischen Auslandsnachrichtendienstes RAW (Research and Analysis Wing) eine fünftägige Übung in den Wangmei Bergen in der chinesischen Provinz Yunnan durchgeführt. Zweck der gemeinsamen Operation war es, in diesem Gebiet 56 „Terroristen“ aufzuspüren. Auf chinesischer Seite wurden die Einheiten von Oberst Zhang

8 Vgl. FAZ vom 20.6.2008: Pekings „weiche“ Seite

9 Noth, Jürgen: a.a.O., S. 20

Wuyu, einem Kommandeur einer Aufklärungskompanie der chinesischen Volksbefreiungsarmee geführt, auf indischer Seite hatte General D. S. Dadwal das Kommando über rund 100 Angehörige der Spezialeinheiten. Einer knappen Stellungnahme aus Peking zufolge stimmen beide Seiten in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die „drei Teufel“ überein: Terrorismus, Separatismus und Extremismus, so die offizielle Formel. Die Operation folgte einer chinesisch-indischen Vereinbarung vom Frühjahr 2006, die die chinesische Unterstützung verschiedener indischer Separatistenbewegungen offiziell beendete¹⁰.

Die neue chinesisch-indische Geheimdienst-Allianz markiert nicht mehr und nicht weniger einen historischen Wandel im Vorfeld der Olympischen Spiele von Peking. Traditionell besaß der 1968 gegründete und der Kontrolle des Parlaments entzogene indische Geheimdienst RAW¹¹ zwei Hauptgegner: Pakistan – und eben dessen Verbündeten China¹².

Trotz des Honigmondes zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde löst Pekings außenpolitische Offensive in Neu Delhi auch Besorgnis aus, weil Indien die Verstärkung des chinesischen Einflusses in Myanmar, Nepal und Bhutan skeptisch betrachtet. Die partielle Zusammenarbeit hat den Guoanbu auch nicht gehindert, seine traditionelle Gegenespionage gegen Neu Delhis Geheimdienst fortzusetzen. Der Leiter der RAW-Residentur in Peking, Uma Mishra, wurde im Juni 2008 aus der chinesischen Hauptstadt abgezogen, weil seiner Aufmerksamkeit entgangen war, dass einer seiner Mitarbeiter eine Liebesaffäre mit seiner Sprachlehrerin eingegangen war, die zugleich Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit war. Im November 2007 war der Stationschef des RAW in Sri Lanka aus einem ähnlichen Grund zurückgerufen worden. Ravi Nair war in eine Honigfalle des Pekinger Dienstes getappt, als er eine Liaison mit einer Frau aus Hongkong eingegangen war¹³.

Eingehalten hat die chinesische Seite ihr Versprechen, indische Separatisten nicht mehr zu unterstützen, allerdings nur bis zum Ende des Jahres 2008. Im Dezember 2008 wurden der regionale Leiter des Ministeriums für öffentliche Sicherheit Meng Sutie und der Statthalter

10 Vgl. Intelligence Online Nr. 561 vom 16.1.2008

11 Ausführlicher zur RAW <http://www.fas.org/irp/world/india/raw/> Maintained by Steven Aftergood, Created by John Pike - Updated July 26, 2002

12 Den Gipfel der Feindseligkeiten markierte 1962 ein Grenzkrieg, den China schnell für sich entschied. In der Folge setzte Indiens Staatsgründer Jawaharlal Nehru auf westliche Militärhilfe, da Moskau zu dieser Zeit noch ein enger Verbündeter Pekings war. Vgl. Rauch, Carsten: Farewell Non-Alignment? Constancy and change of foreign policy in post-colonial India, PRIF-Report No. 85, Frankfurt/M. 2008, S. 19f.

13 Vgl. Intelligence Online Nr. 574 vom 10.7.2008

des Staatssicherheitsministeriums Hu Diangqing in der Provinz an Vietnam und Burma grenzenden Yunnan angehalten, ein Ausbildungscamp der ULFA (United Liberation Front of Assam) unter ihre Aufsicht zu nehmen. Diese 1979 gegründete und 1990 in Indien verbotene Separatistenbewegung stützte sich auf Basen in Bhutan, Burma und Bangladesh. Nachdem der internationale Druck auf Bangladesh zur Schließung der dortigen Camps der ULFA geführt hatte, erreichte der pakistanische ISI beim chinesischen Partner den Aufbau eines neuen Camps in China, in das der militärische Führer der ULFA, Paresh Baruah einhundert Kämpfer entsandt haben soll¹⁴.

Die großen Verlierer der neuen indisch-chinesischen Zusammenarbeit sind die Tibeter, von denen 1962 – drei Jahre nach dem Einmarsch der chinesischen Armee - zunächst etwa 85.000 in Indien Zuflucht und Exil gefunden haben. Heute leben ca. 122.000 in Indien, Nepal und Bhutan. Die Zahl der Auslandsklöster beträgt 250¹⁵.

Dem Dalai Lama und seinen Anhängern bot Neu Delhi bisher nicht nur ein Rückzugsgebiet mit eigenen Klöstern, sondern auch ein Sprungbrett für weltweite Kampagnen zur Unabhängigkeit Tibets. In Absprache mit der tibetischen Exilregierung erlaubt Indien den Tibetern nicht, die indische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und verbietet überdies eine politische Betätigung im Inland.

Erste Anzeichen für die Veränderung der Position Indiens hatte es bereits Mitte 2003 gegeben. Als der indische Ministerpräsident China im Juni besuchte, ließ er die bisherige Haltung Indiens, dass „Tibet eine autonome Region Chinas“ sei, fallen. Stattdessen erklärte Atal Vajpayee, dass "die Autonome Region Tibet Teil des Staatsgebiets der Volksrepublik China ist“. Am folgenden Tag äußerte China die de facto Anerkennung der indischen Souveränität über den Himalayastaat Sikkim, den Indien 1975 annektiert hatte¹⁶.

14 Vgl. Intelligence Online Nr. 584 vom 18.12.2008

15 Vgl. Römer, Stephanie: Die tibetische Exilregierung zwischen Tradition und Moderne, in: ASIEN 108 (Juli 2008), S. 31 und 42; Die tibetische Geschichtsschreibung betont, es habe 1959 einen Volksaufstand gegen China gegeben, während Peking darauf verweist, dass die Erhebung von Großgrundbesitzern und Klöstern ausgegangen sei, weil Mao tse Tung bei seinen Reformen in Tibet eine Bodenreform durchführte, die darauf zielte, die Machtbasis des Feudalsystems zu beseitigen.

16 Vgl. Jehangir Pocha: Tibets Glücksspiel - Der Tibetan Youth Congress und die Politik der Gewaltlosigkeit des Dalai Lama, in: These Times vom 2.12.2003

Auch in den USA muss die neue Achse Peking-Dehli die Alarmglocken schrillen lassen. Der strategische Plan der Bush-Administration sah von Anfang an vor, Neu Delhi langfristig als Partner in Asien aufzubauen, vor allem als Gegengewicht zu China. Die Aufhebung der Nuklearsanktionen gegenüber Indien ist Kernstück dieser Politik. Die EU und Deutschland müssen sich im Gegenzug entscheiden, ob sie nun eine universelle oder selektive Nonproliferationspolitik betreiben wollen¹⁷.

China wiederum hatte sich im Gefolge des amerikanisch-indischen Nukleardeals wieder verstärkt auf die Kooperation mit seinem traditionellen Verbündeten Pakistan konzentriert, dem Erzfeind Indiens. Peking hatte 2006 angekündigt, erneut Nukleartechnologie in großem Umfang an Pakistan liefern zu wollen. Es kann gegenwärtig Nukleartechnologie im Rahmen von Projekten an Pakistan liefern, die vor dem Beitritt Chinas zur Nuclear Suppliers Group (NSG) im Jahr 2004 begonnen wurden. China und Pakistan haben im Frühjahr 2006 eine Reihe von neuen Nuklearprojekten vereinbart, die aber im Einzelfall erst durch die NSG genehmigt werden müssten. Indien beabsichtigt, sein Atomwaffenarsenal in den nächsten Jahren von gegenwärtig ca. 40 bis 50 Bomben auf 300 bis 400 land-, luft- und seegestützte Waffen auszubauen. Die Entwicklung von land-, luft-, und seegestützten Trägersystemen belegt, dass Indien über dieselbe nukleare Triade wie die Atom-Großmächte verfügen will¹⁸.

Eine weitere – für die Zukunft wohl jetzt schon historisch zu nennende Dimension – erhielt die indisch-chinesische Annäherung beim Besuch des indischen Premierministers Manmohan Singh in Peking am 15. Januar 2008: Singh bot seinen chinesischen Gastgebern die Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet der Atomenergie an. Der „Pakt zwischen Drache und Elefant“ zielt u.a. auf die „Entwicklung sauberer und energiesparender Technologien durch gemeinsame Forschung“ – „neue notwendige Strategien in der Energiepolitik angesichts des wirtschaftlichen Aufstiegs beider Länder“, die zusammen ein Drittel der Weltbevölkerung stellen, so die Schlagworte, die Singh zur Unterbreitung seines nahezu epochalen Angebots nutzte¹⁹.

17 Vgl. Meier, Oliver und Götz Neuneck: Der Atomdeal zwischen Indien und den Vereinigten Staaten: Nukleare Nichtverbreitung am Scheideweg, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 40, Hamburg 2006, hg. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

18 Vgl. ebenda

19 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16.1.2008: Respekt vor dem Elefanten

Symptomatisch für die neue Qualität des indisch-chinesischen Verhältnisses war die Unterdrückung der Proteste von Exil-Tibetern verbunden mit zahlreichen Verhaftungen, als der olympische Fackellauf im April 2008 in Delhi Station machte. Indien – fast 50 Jahre lang Zufluchtsburg des Dalai Lama und Tausender Flüchtlinge - rügte offiziell das geistliche Oberhaupt der Tibeter, um den Annäherungsprozess an China nicht zu gefährden²⁰.

Auch Frankreichs neuer Staatspräsident Nicolas Sarkozy setzt sich für ein Ende des internationalen Nuklearboykotts gegen Indien ein. Sarkozy und Indiens Premierminister Manmohan Singh erklärten anlässlich des Indienbesuchs Sarkozys am 25. Januar 2008 die Verhandlungen für ein gemeinsames Atomabkommen für abgeschlossen. Die bilaterale Zusammenarbeit solle bis hin zu voller ziviler nuklearer Kooperation gehen, erklärten Sarkozy und Singh²¹.

Schon im Rennen um die französische Präsidentschaft hatte Peking zwar die Sozialistin Segolene Royal im Januar 2007 empfangen, aber Sarkozy, dessen ungarische Herkunft der stellvertretende chinesische Außenminister Dai Bingguo vom Budapester Büro des Guoanbu abklären ließ, favorisiert, weil der konservative Kandidat sich entschieden gegen jeden Boykott der Olympischen Spiele ausgesprochen hatte²².

Frankreich steht im Brennpunkt des chinesischen Interesses, weil sich dort die Auslandschinesen zum ersten Mal politisch organisiert hatten. Über die Partnerdienstbeziehungen zum französischen Inlandsgeheimdienst RG (Renseignement Generaux) versucht Peking, an Informationen über die turkstämmige Diaspora zu gelangen.

Die chinesischen Dienste zeigen in der französischen Hauptstadt auch deshalb starke Präsenz. Mit Zhang Jianguo und Song Jingwu koordinieren zwei Geheimdienstoffiziere unter diplomatischer Abdeckung die politischen und militärischen Aktivitäten. Im Botschaftsgebäude in der rue Washington residiert auch als Polizeiatattaché und Verbindungsmann zu französischen Nachrichtendiensten Liu Changtao. Zudem ist Bai Zhangde, der 1990 nur knapp einer Ausweisung wegen Einschüchterung oppositioneller chinesischer Studentenfürher entging, in der Kulturabteilung der Pekinger Botschaft in der rue Glaciere zuständig für die Überwachung chinesischer Dissidenten und von Falun-Gong-Angehörigen²³.

20 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 18.4.2008: Diplomatie der ungesagten Worte

21 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 26.1.2008: Sarkozy: „Indien bald Atommacht“

22 Vgl. Intelligence Online Nr. 546 vom 11.5.2007

23 Vgl. Intelligence Online Nr. 564 vom 14.2.2008

Im Frühsommer 2006 richtete sich die Aufklärungspriorität jedoch mehr auf den neuen Vertreter des Dalai Lama in Paris, Jampal Chosang, der weit intensiver als sein Vorgänger darum bemüht war, eine pro-tibetische Fraktion im französischen Parlament zu schmieden, und der französische Athleten offen aufforderte, bei den Olympischen Spielen für die Menschenrechte zu demonstrieren²⁴. Chosangs Lobbyarbeit verlief jedoch weitestgehend im Sande. Sarkozy weigerte sich im August 2008 den Dalai Lama anlässlich seines Besuches in Paris zu empfangen und überließ es seiner Frau, Carla Bruni-Sarkozy, den Gast zu einer „rein religiösen Visite“ zu empfangen. Anschließend reiste der französische Präsident zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele nach Peking. Mit größeren Pfunden als der Vertreter Tibets in Paris konnte nämlich der chinesische Botschafter an der Seine wuchern: Er hatte gedroht, wenn der französische Regierungschef den „Sezessionisten“ Dalai Lama empfinde, könnte China ein Nukleargeschäft im Umfang von acht Milliarden Euro überdenken²⁵.

Mit dem japanischen Nachrichtendienst vollzog sich erst gut einen Monat vor Beginn der Olympischen Spiele eine erste vorsichtige Annäherung über geheimdienstliche Frontorganisationen beider Staaten an. Am 1. und 2. Juli besuchte eine Delegation der Sasakawa-Stiftung aus japanischen Offizieren Peking. Der Namensgeber und Gründer dieser Stiftung Ryoichi Sasakawa (1899 bis 1995) spielte im Kalten Krieg eine gewichtige Rolle: Er war während der Besetzung Chinas durch Japan der Verbindungsmann zwischen der politischen Rechten und den Mafiaorganisation der Yakuza, diente anschließend der CIA bei der Bekämpfung der Kommunistischen Partei Japans und fungierte als Berater der Antikommunistischen Weltliga (WACL) in Taiwan. Gastgeber dieses Besuchs war die Chinesische Gesellschaft für internationale Freundschaftskontakte, die 1984 gegründet wurde und unter der Leitung des früheren Außenministers Li Zhaoxing steht. Sie ist eine Tarnorganisation des chinesischen Militärnachrichtendienstes in Asien, die in zahlreichen Botschaften vertreten ist. Ende 2007 war es der japanischen Spionageabwehr noch gelungen, einen ihrer Funktionäre umzudrehen²⁶.

Absicherung der zentralasiatischen Flanke

24 Vgl. Intelligence Online Nr. 524 vom 25.5. 2006

25 Vgl. FAZ vom 12.8.2008: Sarkozys diplomatischer Kniefall vor Peking

26 Vgl. Intelligence Online Nr. 575 vom 24.7.2008

Seit April 2007 residieren offizielle Abgesandte des türkischen Militärgeheimdienstes Milli Istihbarat Teskilati (MIT) in Peking, um die Zusammenarbeit mit dem chinesischen Geheimdienst zu intensivieren. Auch hier richtet sich die geheimdienstliche Kooperation gegen so genannte Separatisten, speziell gegen die Minderheit der türkisch-sprachigen Uiguren in der chinesischen Provinz Xinjiang (Ostturkestan) im äußersten Nord-Westen des Riesenreiches. Bereits im Jahr 2006 hatte der damalige chinesische Staatssicherheitsminister Xu Yongyue der Türkei einen Besuch abgestattet, um mit dem türkischen Innenminister über ein Ende der Unterstützung der Uiguren aus dem Ausland zu verhandeln. Besonders die türkische Regierung und ihr Militär standen in Peking unter dem berechtigten Verdacht, dem Turkvolk seit Anfang der 1990er Jahre heimliche Hilfe bei Agitation und Sabotageakten gewährt zu haben²⁷.

Auch in diesem Fall fürchteten die Machthaber in Peking vor allem, dass Vertreter der uigurischen Minderheit während der Olympischen Spiele durch spektakuläre Aktionen versuchen werden, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zu ziehen²⁸.

Laut Propaganda der chinesischen Regierung stellten die Uiguren die größte Bedrohung für die Olympischen Spiele in Peking dar. Die chinesische Zentralregierung und die Minderheit der turksprachigen Uiguren stehen sich seit Jahrzehnten unversöhnlich gegenüber. Die Website des Münchener Informationszentrums Ost-Turkestan hielt dazu im April 2004 fest: „China stuft die uigurischen Exilorganisationen in Deutschland als terroristisch ein und fordert eine Einstellung ihrer Aktivitäten. `Sie gehören zu den Separatisten`, sagte der Gouverneur von Xinjiang in Nordwestchina, Ismail Tiliwaldi, am Sonntag am Rande der Tagung des Volkskongresses in Peking. `Die ethnischen Separatisten und die religiösen Extremisten sind wie die Terroristen alle Teil des Terrorismus` Der Gouverneur reagierte auf eine Frage nach Gruppen wie dem Weltkongress der Uiguren in München. `Weder in China noch außerhalb Chinas lassen wir spalterische Aktivitäten zu²⁹“.

Während Peking seine Politik äußerster Repression mit den separatistischen Bestrebungen des Volksstammes rechtfertigt, begründen die Uiguren ihr Streben nach Unabhängigkeit mit eben

27 Zu den von großtürkischen Ambitionen geprägten Versuchen des MIT nach 1990 nach Zentralasien vorzudringen Vgl. Mattes, Ralf und Erich Schmidt-Eenboom: Länderporträt Republik Türkei, in: Schmidt-Eenboom, Erich (Hrsg.), Nachrichtendienste in Nordamerika, Europa und Japan, Weilheim 1995

28 Vgl. Intelligence Online Nr. 542 vom 22.3.2007

29 http://www.uygur.org/de/wunn05/03_14.htm vom 9.4.2005

dieser Repression von Seiten des kommunistischen Regimes. Die Uiguren sprechen kein chinesisches und sie betrachten sich auch nicht als Chinesen. Die relativ kleine, nur rund 8,5 Millionen Menschen umfassende Minderheit wird zu den zentralasiatischen Völkern gerechnet und ist muslimischen Glaubens, was sie besonders von den traditionellen Religionsgemeinschaften in China und dem kommunistischen Regime in Peking trennt. Doch in der Provinz Xinjiang, die 16 Prozent des chinesischen Staatsgebietes umfasst (mehr als eine Million Quadratkilometer Fläche mit Grenzen zu Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Pakistan, der Mongolei und Indien), stellen die Uiguren die Mehrheit. Das vor allem macht sie für das Regime zum Problem, denn in Xinjiang finden sich neben großen Öl- und Gasreserven (ca. jeweils 30 Prozent des gesamten chinesischen Vorkommens), rund 40 Prozent der chinesischen Kohle- sowie 80 Prozent der Gold-, Jade- und Edelmetallreserven. Damit wird die Forderung der Uiguren nach Autonomie in ihrem „Heimatland“ zur Bedrohung für die neo-kapitalistischen kommunistischen Machthaber.

Die Antwort Pekings fällt ähnlich aus wie im Fall Tibets: Religiöse Unterdrückung. Neben strengsten Maßregelungen des religiösen Alltags kommt es auch zu willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und sogar zu Mord, wie im vergangenen Jahr ein Bericht von Human Rights Watch festhielt.

Die chinesische Dissidentin Rebiya Kadeer, die bereits mehrfach für den Friedensnobelpreis nominiert war, lebt seit 2005 im amerikanischen Exil. Fünf ihrer elf Kinder mussten in China zurück bleiben, zwei ihrer Söhne wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch die erfolgreiche Unternehmerin Kadeer, die mit einem uigurischen Widerstandskämpfer verheiratet ist, wurde in China, wo das Regime sie als „separatistisches Monster“ bezeichnet, in einem nicht-öffentlichen Prozess zu acht Jahren Haft verurteilt und erst auf internationalen Druck nach sechs Jahren frei gelassen. Kadeer spricht von rund 300.000 Uiguren, die zwischen 1952 und 1997 getötet wurden, jährlich würden tausende Intellektuelle, Geistliche und Geschäftsleute willkürlich verhaftet und im schlimmsten Fall hingerichtet, uigurische Töchter nach Zentralchina deportiert³⁰.

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 verschlimmerte sich die Lage der Uiguren noch einmal massiv. Die chinesischen Machthaber nutzten die Gunst der Stunde, um ihren Druck auf die uigurische Minderheit massiv zu steigern. Schon die bloße Ausübung ihrer Religion – eine gemäßigte Form des Sufismus – reicht aus, Uiguren dem Verdacht der

30 Vgl. Kadeer, Rebiya: Die Himmelsstürmerin. Chinas Staatsfeindin Nr. 1 erzählt aus ihrem Leben, München 2007; siehe auch ARD: Titel, Thesen, Temperamente vom 15. Juli 2007

separatistischen Aktivitäten auszusetzen. Von da ist es nicht mehr weit, bis sie vom chinesischen „Kampf gegen den Terrorismus“ erfasst wurden; mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Die westliche Öffentlichkeit hat von alledem bislang kaum Notiz genommen³¹.

17 Uiguren, die versuchten über Drittstaaten wie Kirgisien, Pakistan und Iran in die Türkei zu flüchten, wurden 2002 vom pakistanischen Militär – wohl gegen Geld – an die US-Truppen übergeben und landeten im US-Foltercamp in Guantamo Bay. Erst vier Jahre später, nachdem die USA eingesehen hatten, dass es sich bei den Flüchtlingen nicht um Terroristen oder feindliche Kombattanten handelte, suchte Washington eine Lösung. An eine erneute Auslieferung an China, das die Auslieferung beantragt hatte, dachte selbst das Pentagon nicht, doch Asyl in den USA kam auch nicht in Frage. Gesucht wurde ein Drittland, das bereit war, die Uiguren aufzunehmen. Bis Januar 2007 hatte sich kein europäisches Land - auch Deutschland nicht, das einige uigurische Exilorganisation beherbergt – zur Aufnahme der Uiguren aus Guantanamo bereit erklärt³².

Anfang Oktober 2008 entschied ein Washingtoner Bundesrichter, die Gefangenen dürften aus Guantanamo in die USA ausreisen. Aus Sorge, daraus könnte ein Präzedenzfall für alle Häftlinge werden, rief die US-Regierung gegen diese Entscheidung ein Gericht an. Dieses Berufungsgericht im Distrikt Columbia setzte das Entlassungsverfahren aus, um in ein erneutes Prüfungsverfahren einzutreten. Damit blieben die unschuldigen Uiguren weiter im Gewahrsam der US-Army auf Kuba³³.

Fünf andere Uiguren waren aus Guantanamo im Mai 2006 nach Albanien entlassen worden, nachdem sich Staatschef Sali Berisha zur Aufnahme in dem muslimischen Land bereit erklärt hatte. Nachdem 2008 drei weitere Guantanamo-Häftlinge - ein Usbeke, ein Algerier und ein Ägypter - ebenfalls auf Drängen der USA Zuflucht in Albanien fanden, fürchtet die Regierung in Tirana weitere diesbezügliche Anfragen aus den USA, zumal der künftige Präsident der Vereinigten Staaten³⁴, Barak Obama, die Auflösung des Lagers auf Kuba zugesagt hat.

31 Vgl. Human Rights Watch: „China: Unterdrückung der Uiguren. Bericht enthüllt vernichtende Kampagne gegen Moslems in Xinjiang“, New York 12. April 2005; siehe auch Deutsche Welle vom 25.8.2006: Terrorverdacht als Vorwand. China unterdrückt Uiguren

32 Vgl. Human Rights Watch 19.4.2006: Europa muß den Uiguren helfen und Human Rights Watch vom 10.1.2007: Jetzt ist Europa gefragt

33 Vgl. Welt online 9.10.2008: Keiner will die 17 Uiguren aus Guantanamo

34 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6.12.2008: Weiche Landung im Land der Skipetaren

Gegen das Votum von CDU-Politikern – wie dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Jörg Schönbohm – und trotz der Bedenken von Experten des Bundesinnenministeriums, die eine Radikalisierung der Guantanamo-Insassen während ihrer langjährigen Haftzeit befürchten, ließ Außenminister Steinmeier Ende Dezember 2008 prüfen, ob in der Europäischen Union eine Bereitschaft zur Aufnahme der Häftlinge bestünde³⁵. Motiviert war dieser Vorstoß von dem Bemühen, dem neuen amerikanischen Präsidenten Schützenhilfe bei der Auflösung des Gefängnisses auf Kuba zu leisten. Daraufhin warnten Vertreter der chinesischen Regierung den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke, eine Aufnahme der Uiguren würde das deutsch-chinesische Verhältnis belasten³⁶.

Auf der Internationalen Konferenz zur Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich im September 2007, zu der Vertreter von 32 Nationen und zahlreiche internationale Organisationen angereist waren, hatte Staatssicherheitsminister Zhou Yongkang erklärt: „Obwohl die generelle Sicherheitssituation für die Olympischen Spiele stabil bleibt, stehen wir den Herausforderungen von Terrorismus, Separatismus und Extremismus gegenüber.“ Er schloss: „Besonders Terrorismus bildet die größte Bedrohung.“ Als besonders bedrohlich bezeichnete die Pekinger Führung den radikalen Flügel der uigurischen Bewegung, die East Turkistan Islamic Movement (ETIM), die im Vorfeld der olympischen Spiele zur größten Gefahr für ihren friedlichen Ablauf hochstilisiert wurde. Die ETIM wird von Peking als terroristische Vereinigung eingestuft – Kasachstan, die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen folgen dieser Einschätzung. Die ETIM leistet dem Vorschub, weil sie die Sezession von China und die Errichtung eines islamistischen Staates in Zentralasien postuliert. In der Tat zeichnete ETIM in den Neunziger Jahren für eine Reihe von Attentatsversuchen, darunter Angriffe auf Busse und Bombenattacken gegen chinesische Einrichtungen, verantwortlich, doch anders als anderen islamistischen Terrororganisationen geht es ETIM nicht um den globalen Dschihad, sondern nur um das Recht auf Selbstbestimmung auf dem Gebiet der Uiguren.

Experten wie Andrew McGregor, Direktor von Aberfoyle International Security Analysis bestritten die chinesischen Behauptungen: Den uigurischen Gruppen fehlt die Motivation, die Olympischen Spiele zu attackieren, weil dies doch nur die chinesischen Anklage untermauern würde, sie seien eine der Al Quaida verbundene Bedrohung der internationalen Sicherheit.“ Laut Gardner Bovington, Assistant Professor of Central Eurasian Studies an der University of

35 Vgl. Focus 1/2009: Asyl im Eilverfahren

36 Vgl. DER SPIEGEL 1/2009: Intervention aus China

Chicago, folgt Peking einer klaren Taktik: Wenn es die uigurischen Aktivisten unter dem internationalen „Krieg gegen den Terror“ subsumieren kann, ist die chinesische Regierung in der Lage, viel weitreichendere Maßnahmen zu ergreifen, ohne ihr internationales Ansehen zu gefährden. Indem sie die Bedrohung der Olympischen Spiele übertreibt und Nachrichten über die Aushebung so genannter Terror-Camps streut, gewinnt sie eine perfekte Tarnung zur Unterdrückung separatistischer Abweichungen. Gleichzeitig muss sie nur mit geringer politischer Opposition gegen die Ausbeutung der Naturschätze Xinjiangs rechnen.

Im Januar 2007 kamen nach offiziellen Angaben 18 militante Uiguren bei einem chinesischen Angriff auf ein vermeintliches Terrorcamp in der Provinz Xinjiang ums Leben. Gleichzeitig sei genügend Sprengstoff sichergestellt worden, um 1500 Granaten herstellen zu können. Für Peking der Beweis, dass die ETIM sehr wohl in der Lage sei, eine terroristische Attacke auf die Olympischen Spiele zu verüben. Bovingdon bezweifelte entschieden den Wahrheitsgehalt der Nachrichten über die angebliche Aushebung eines Terror-Camps im Januar 2007, solange hierfür nicht unabhängige Bestätigungen vorliegen.

So sah die argumentative Gefechtslage aus, bis es im März 2008 erste Berichte über Terrorakte gab. Am Rande einer Parlamentssitzung gab der Gouverneur der Provinz Xinjiang bekannt, es habe auf dem Flughafen der Provinzhauptstadt Urumqi einen Anschlagversuch auf ein Flugzeug gegeben. Den spärlichen Angaben eines Regionalblatts zufolge waren zwei junge Frauen in der Maschine überwältigt worden, die ein Benzingemisch mit sich führten. Die Dissidentin Rebiya Kadeer reagierte sofort mit der Behauptung, solche Nachrichten würden nur gestreut, um die chinesische Unterdrückungspolitik zu legitimieren³⁷. Ende Juli betonte die Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren, „Bomben zünden und die Zivilbevölkerung töten, so etwas tun Uiguren nicht“³⁸. Anlass dieses Statements war ein Bekennervideo eines „Commanders“ Seyfullah von der Turkestanischen Islamischen Partei zu einem Anschlag auf einen Bus in Shanghai, der drei Menschenleben forderte, sowie eine Verlautbarung der Nachrichtenagentur Xinhua, der zu Folge seit Jahresbeginn 82 uigurische Terroristen festgenommen worden seien.

Die Ereignisse im August 2008 machten deutlich, dass Kadeer ihre Landsleute allzu pauschal in Schutz genommen hatte. Vier Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele rasten zwei Uiguren nahe einer Grenzwahe bei Kashgar in eine Gruppe joggender Polizisten. Dabei und bei den anschließenden Messerattacken verloren 16 Polizeibeamte ihr Leben, bevor die An-

37 Vgl. FAZ vom 12.3.2008: Echte oder erfundene Uiguren?

38 Zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 29.7.2008: „Große Lüge“

greifer festgenommen werden konnten³⁹. Während der Spiele kam es in der 400.000 Einwohner zählenden Stadt Kuqa am Nordrand der Taklamakan-Wüste am 10. August zu einer Serie von zwölf etwa zeitgleich verübten Terrorakten gegen Supermärkte, Hotels und Regierungsgebäude. Von den 15 Attentätern, darunter zwei Frauen, wurden acht von der Polizei erschossen, zwei sprengten sich selbst in die Luft, zwei wurden festgenommen und dreien gelang die Flucht. Ein Bekenner schreiben gab es nicht. Die chinesische Regierung ging dennoch von einer Urheberschaft der Islamischen Bewegung Ost-Turkestan (ETIM) aus und verwies darauf, dass Terroristen aus Xinjiang in Al-Quaida-Lagern im benachbarten Pakistan ausgebildet würden⁴⁰.

Die radikale Splittergruppe hatte den uigurischen Exilorganisationen einen Bärendienst erwiesen und der Regierung in Peking den Vorwand geliefert, sie pauschal als terroristisches Gefahrenpotential einzustufen.

Am 16. November 2008 gab ein selbst ernannter Sprecher von Al Quaida im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet bekannt, Osama bin Laden selbst habe Abdul al-Haq Turkistani zum Führer der neuen Terrorgruppe „Al Quaida in China“ ernannt. Der 42jährige Chinese sei zugleich Leiter der ETIM und mit einigen Kämpfern bereits in Xinjiang, während 300 Uiguren sich noch in pakistanischen Ausbildungslagern aufhielten. Waliullah Rahmani, Direktor der Kabuler Denkfabrik „Kabul Center für Strategic Studies, bezweifelte Anfang Dezember den Wahrheitsgehalt dieser Ankündigung schon wegen der religiösen Unterschiede zwischen dem uigurischen Sufismus und dem strengen Wahabismus von Al Quaida. Er wies zudem darauf hin, dass al-Haq Turkistani nicht auf der vom chinesischen Innenministerium im Oktober publizierten Liste der wichtigsten uigurischen Terroristen stehe, sondern Memetiming Memeti, der Nachfolger von Hasan Mahsum, dort als ETIM-Chef firmiere. Insgesamt sieht Rahmani entgegen den wenig konkretisierten Behauptungen der chinesischen Sicherheitsbehörden und des Pekinger Außenministeriums keine Beweise für Operationen von Al Quaida in China⁴¹.

Ausländische Regierungen laufen Gefahr in die chinesischen Unterdrückungsmechanik hineingezogen zu werden. China kann alle Techniken, Technologien und Daten, die es im Zuge der internationalen Kooperation unter dem Deckmantel der olympischen Sicherheits-

39 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5.8.2008: Anschlag in China schürt Terror-Angst

40 Vgl. FAZ vom 12.8.1008: Die „drei Übel“ machen China weiter zu schaffen

41 Vgl. Rahmani, Waliullah: Al-Qaeda Leader for China Ops?, Kabul 3.12.2008

vorkehrungen erhielt oder erwarb, für seinen Kampf gegen Separatisten oder jedwede andere missliebige Organisation einsetzen. Hier muss die internationale Kooperation ansetzen, forderte Mathew Andrews: Der Kampf gegen den Terrorismus verstanden als Polizeiaktion, unter öffentlicher Beobachtung, internationaler Zusammenarbeit und geeigneter Kontrolle des Regierungshandelns; der internationale Beitrag zum Sicherheitskonzept als Hebel, die chinesische Regierung zu einer Reform ihrer repressiven Politik zu bewegen⁴².

China spannte sein Netz weit. Auch die so genannte „Shanghai-Organisation“ wurde und wird in die vordergründige Pekinger Offensive gegen Separatismus und Terrorismus eingebunden. Bereits 1996 hatten die Staatsoberhäupter Chinas, Russlands, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans in Shanghai vertrauensbildende Maßnahmen für ihre Grenzregionen vereinbart. Fünf Jahre später beschloss der gleiche Kreis – erweitert um Usbekistans Präsidenten – am gleichen Ort die Gründung der SOZ. Zum Gipfel am 16. August 2007 im kirgisischen Bischkek einberufen ist, hatte sich auch Turkmenistans neuer Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow angesagt. Iran, Indien, Pakistan und die Mongolei haben bereits Beobachterstatus bei der SOZ.

Chinas damaliger stellvertretender Innenminister Meng Howei hatte im März 2006 auf einem Gipfeltreffen der Shanghai-Organisation in Taschkent einen Plan zur Schaffung regionaler Einrichtungen zur Terrorismusbekämpfung zwischen 2007 und 2009 angekündigt. Denn die SOZ sieht als eine ihrer wichtigsten Aufgaben den gemeinsamen Kampf gegen die »drei Übel« Terrorismus, Extremismus und Separatismus an. Der Kampf gegen die »drei Übel« resultiert vor allem aus den Interessen Chinas und Russlands, islamisch-separatistischen Kräften etwa im autonomen chinesischen Gebiet Xinjiang oder unter turksprachigen Völkern Russlands entgegenzutreten und deren Unterstützung durch islamistische Bewegungen Zentralasiens zu verhindern.

Nachdem zunächst 2005 reine Militärmanöver von SOZ-Staaten auf der chinesischen Halbinsel Shandong stattfanden, konzentrierten sich die gemeinsamen Übungen anschließend auf Terrorabwehr. „Friedensmission 2007“ war die Bezeichnung eines achttägigen Manövers der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ vom 9. bis 17. August 2007 im russischen Gebiet Tscheljabinsk. Etwa 5.000 Soldaten und Offiziere mit 500 »technischen Einheiten«, größtenteils aus Russland und China, sollen den „antiterroristischen“ Kampf üben. Die Manöver böten überdies die Möglichkeit, Kontakte zwischen den Militärs auf allen Ebenen zu

42 Vgl. Andrews, Mathew: International Terrorism or Domestic Repression? China prepares for the 2008 Olympics, in: The Yale Globalist 13.12.2007

vertiefen, sagte der Generalsekretär der Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit (OVKS), Nikolai Bordjuschka. Auf chinesischer Seite war eine Brigade der Spezialtruppe Schneeleoparden (Xuede Feizhoubao) sowie die 13. Kommandobrigade der Volksbefreiungsarmee involviert⁴³.

Zugleich wird die SOZ als Gegengewicht zur NATO und als Instrument zur Eindämmung westlicher Einflüsse auf die Region gesehen. In der russischen Presse wird häufig argwöhnt, Washington beabsichtige, selbst eine Organisation zentralasiatischer Staaten aus der Taufe zu heben. Als ein solcher Versuch gilt die neue „Konferenz der Turkstaaten“ mit Sitz in Istanbul⁴⁴. Dennoch gelang es der SOZ 2007, sich als ein Pfeiler der internationalen Terrorismusbekämpfung in Szene zu setzen. Das Komitee zur Terrorismusbekämpfung des UN-Sicherheitsrats, die internationale Atomenergiebehörde IAEA, die Shanghai-Organisation und das Anti-Terror-Zentrum des Commonwealth tagten Anfang September 2007 gemeinsam in Chabarowsk. 76 Delegationen von Sicherheitsbehörden aus 73 Staaten waren zum sechsten dieser Kongresse an den Hauptstützpunkt des Militärdistrikts Ferner Osten nahe an der Grenze zu China gereist⁴⁵. An dieser Veranstaltung nahm auch der deutsche Geheimdienst teil: Planespottter sichteten das Dienstflugzeug des BND vom 5. bis 7. September 2007 am Flughafen Chabarowsk-Novy.

Im Frühjahr 2007 vollzog der chinesische Nachrichtendienst eine quasi Westererweiterung der SOZ, indem er Residenturen in Kiew und Tibilis einrichtete und Partnerdienstbeziehungen zum ukrainischen SBU (Skuzba Bezopasnosti Ukraini) und zum georgischen Staatssicherheitsdienst aufnahm. Im Vorfeld hatte Liu Jing vom 1999 gegründeten Büro 610 des Innenministeriums schon Ende 2005 Gespräche mit dem orangenen Lager in der Ukraine und Vertretern der Rosenrevolution in Georgien geführt. Ziel der chinesischen Spionage war es herauszubekommen, in welcher Weise die CIA NGOs instrumentalisiert hatte, um gegen ähnliche amerikanische Aktivitäten im Reich der Mitte während der Spiele gewappnet zu sein⁴⁶.

43 Vgl. Faligot, Roger: a.a.O., S. 383

44 Vgl. Neues Deutschland vom 9.8.2007: 'Friedensmission' nahe Tscheljabinsk. Militärmanöver der Shanghai-Gruppe; siehe auch www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Themen/SOZ)

45 Vgl. The Report by the Head of the Working Group of the Meeting of Heads of Special Services, Security Agencies, and Law-Enforcement Organizations presented at the UNSC CZC Session, New York: Januar 2008

46 Vgl. Intelligence Online Nr. 543 vom 23.3.2007

Vorstoß nach Westeuropa

Doch ihre Fühler hatten die Dienste Pekings auch längst weiter nach Westen ausgestreckt. Der neue, 2007 berufene Staatssicherheitsminister Geng Huichang wirkte bereits 2006 mit dem olympiaerfahrenen griechischen Nachrichtendienst zusammen⁴⁷.

Als dritten Gefahrenherd nach Tibetern und Uiguren machten die chinesischen Dienste früh die Falun-Gong-Sekte aus, der sie geheime Unterstützung aus den USA, wo ihr Führer Li Hongzhi residiert, nachsagen. Nach einer Krisensitzung im Juni 2005 wurde das Büro 610 des Innenministeriums – in Konkurrenz zum Auslandsnachrichtendienst – eingespannt, um aus den chinesischen Auslandsvertretungen und in den Auslandsgemeinden massiv gegen Sektenmitglieder vorzugehen. Chinesische Spitzel spähten der Falun Gong nahe stehende Kunst- und Sportvereine aus, um zu verhindern, dass deren westliche Mitglieder als Olympiatouristen nach China reisen. Sie infiltrierten selbst Qigong-Clubs, um Sektenmitglieder auffindig zu machen, und sollen sogar eigene Vereine gegründet haben, um solche zu beeinflussen⁴⁸.

Als es vom 17. bis zum 22. Mai 2006 in Berlin zu einem Treffen der chinesischen Auslandsopposition kam, schrillten im Nachrichtendienst die Alarmglocken. Bei dem von der Vereinigung für ein demokratisches China unter Vorsitz von Fei Liangyong – das weitgehend von Taiwan finanziert wird - veranstalteten Event in der Bundeshauptstadt mit 200 Teilnehmern fanden Vertreter des tibetischen und des uigurischen Widerstands sich mit Anhängern der Falun-Gong-Sekte zusammen⁴⁹.

Nach seinem Besuch beim türkischen Innenminister Abdulkadir Aksu in Ankara war der chinesische Staatssicherheitsminister Zhou Yongkang 2006 nach München weiter gereist, wo er sich mit dem damaligen bayerischen Innenminister und im Oktober 2008 zurückgetretenen Ministerpräsidenten Günter Beckstein getroffen hatte⁵⁰.

Die verschiedenen uigurischen Exilorganisationen, die sich in München niedergelassen haben, standen da schon seit längerem unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, der auf diese Weise aber vor allem versucht, in Deutschland aktive Mitglieder des chinesischen Geheim-

47 Vgl. Intelligence Online Nr. 554 vom 20.9.2007

48 Vgl. Intelligence Online Nr. 512 vom 25.11.2005

49 Vgl. Intelligence Online Nr. 524 vom 26.5.2006

50 Vgl. Intelligence Online Nr. 542 vom 22.3.2007

dienstes zu identifizieren, die die uigurische Widerstandsbewegung vom Generalkonsulat in der bayerischen Landeshauptstadt aus ausspionieren sollen⁵¹. Pikanterweise war der damals neu bestellte Staatssicherheitsminister aus Peking zuvor in der Ministeriumsabteilung tätig, der die Unterdrückung der Tibeter obliegt.

Da die chinesischen Verantwortlichen bei der Bundesregierung in Berlin nicht ausreichende Hilfe bei der Ausspähung von Auslandsuiguren versprochen bekamen, zogen sie es vor, in München um direkte Kooperation zu werben. Mit Erfolg: Auch Beckstein, der auf Einladung des Innenministeriums nach Peking gereist war, unterzeichnete dort bei dem Treffen am 25. November 2006 ein Abkommen mit der chinesischen Abordnung zum „Kampf gegen den Terrorismus“⁵². Unter Becksteins Gesprächspartnern befand sich auch der stellvertretende Innenminister Meng Hongwei, der im März 2006 als Vorsitzender eines Shanghai-Gipfels in Taschkent einen Plan zur Schaffung einer Regionalagentur zur Terrorismusbekämpfung von 2007 bis 2009 angekündigt hatte⁵³.

Zhou betonte während des Besuchs die gute Zusammenarbeit beider Länder in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der grenzüberschreitenden internationalen Kriminalität sowie bei der Strafverfolgung und in den Bereichen der Ausbildung der Polizei und des Technologieaustausches⁵⁴.

Dabei war die Berliner Hilfe eher spärlich ausgefallen. Auf Anfragen des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele erklärte die Bundesregierung im Oktober 2007, es habe aus Bundesmitteln 2005 und 2006 insgesamt nur für 13.700 €Ausstattungs- und Ausbildungshilfen des BMI für China gegeben⁵⁵, ferner waren 2004 und 2005 nur je ein Polizei-Stipendiat aus China und Usbekistan in der Bundesrepublik⁵⁶.

Im April 2008 wurde jedoch bekannt, dass das BKA zwischen 2005 und 2008 in vier Lehrgängen chinesische Personenschützer ausgebildet hat. Ein Sprecher der Wiesbadener Behörde mochte nicht ausschließen, dass die beim Schutz des Fackellaufs in London und Paris als besonders aggressiv aufgefallenen Personenschützer deutsch geschult worden waren. Im Juli 2006 hatte BKA-Präsident Ziercke in Peking mit Zhou Yonkang verhandelt, der die Bereit-

51 Vgl. Intelligence Online Nr. 536 vom 21.12.2006

52 Vgl. Intelligence Online Nr. 542 vom 22.3.2007

53 Vgl. Faligot, Roger: Les Services Secrets Chinois de Mao aux Jo, Paris 2008

54 Vgl. People's Daily vom 25.11.2006: China, Germany vow to cooperate more on law enforcement und Xinhua – China.org.cn vom 27.11.2006

55 Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/068/1606839.pdf>, S. 10

56 Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/076/1607699.pdf>, S. 8

schaft Chinas zur Ausweitung der Sicherheitskooperation bekundete. Ziercke traf ebenfalls mit dem damaligen Vizeminister für Öffentliche Sicherheit, Meng Howei, zusammen, um Sicherheitsmaßnahmen für die Olympischen Spiele zu erörtern. Die Botschaft Pekings in Berlin verlautete dazu, der BKA-Chef habe dabei zugesagt, die Zusammenarbeit auszubauen⁵⁷.

Nachdem der Pekinger Minister für öffentliche Ordnung einige Monate zuvor zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik gewesen war, empfing der damalige Geheimdienstkoordinator und heutige Außenminister Frank-Walter Steinmeier schon Mitte April 2002 den bis August 2007 amtierenden Minister für Staatssicherheit, Xu Yongyue, im Kanzleramt. Zusammen mit den Präsidenten von Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Leiter des Bundeskriminalamts beriet er mit Xu unter anderem zwei Problembereiche: Der deutschen Seite ging es um die Fahndung nach dem geflohenen ehemaligen Rüstungsstaatssekretär Holger Pfahls, der wegen Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung von mehr als 1,9 Millionen D-Mark per Haftbefehl gesucht wurde. Pfahls war nicht nur in Singapur und Taiwan, sondern nach seiner Flucht aus Taipeh Anfang Juli auch in Hongkong und Shanghai gesichtet worden⁵⁸. Xu sagte zu, die Kooperation mit den deutschen Sicherheitsbehörden in diesem Fall zu verbessern.

Der chinesischen Seite ging es darum, ihre Bekämpfung von Separatisten in der Provinz Xinjiang als Teil des internationalen Kampfs gegen den islamistischen Terrorismus darzustellen. Angeblich sollten etwa eintausend Uiguren in afghanischen Ausbildungslagern zu Terroristen ausgebildet worden sein, die nach dem Sturz des Talibanregimes nun zum Teil nach Xinjiang zurückgekehrt und zum anderen Teil als Schläfer nach Deutschland – vornehmlich ins Umfeld der in München angesiedelten Exilanten aus ganz Ostturkestan – gegangen seien.

Während des Taliban-Regimes in Afghanistan sollen sich unter dem Kommando von bin Laden 250 radikale chinesische Muslime im Deronta-Gebiet im Osten der afghanischen Provinz Nangarhar und im Norden der Provinz Kunduz aufgehalten haben. Ihr Führer Hasan Mahsum, der im Oktober 2003 von pakistanischen Truppen im NWFP getötet wurde, habe

57 Vgl. Schenk, Dieter: BKA. Polizeihilfe für Folterregime, Bonn 2008, S. 305

58 Zur Affäre Pfahls vgl. Eichner, Klaus: Ein Staat wäscht sich rein, in: junge welt vom 14.8.2008

bin Laden 1999 getroffen und Finanzhilfen für die ETIM erhalten, behauptete die chinesische Regierung, während Mahsum eine solche Verbindung stets abstritt⁵⁹.

Am 19. April 2002 reiste Xu, der 2004 erneut bei Steinmeier zu Besuch war, weiter nach München, um mit dem bayerischen Innenminister zu verhandeln. Beckstein hörte sich dieselben Berichte über das drohende uigurische Schläferpotential in seinem Bundesland an, hielt sich jedoch bedeckt. Die chinesische Seite könne auf seine Unterstützung zählen, gab er Xu zu verstehen, wenn gerichtsverwertbare Beweise gegen einzelne Terroristen vorliegen sollten. Das zweite Ansinnen des chinesischen Ministers für Staatssicherheit blockte er deutlicher ab. Gegen die Falun-Gong-Sekte würde er nicht vorgehen, da es sich um eine Religionsgemeinschaft handele. Enttäuscht soll Xu ihn darauf hingewiesen haben, dass er doch gegenüber der Scientology-Sekte solche Bedenken nicht habe.

Ganz ohne Wirkung blieb die chinesische Einflussnahme auf Beckstein 2002 und 2006 nicht. Als ein Exiluigure, der alle Voraussetzungen dafür besaß, seine Einbürgerung beantragte, wurde ihm die auf Weisung des bayerischen Innenministeriums verwehrt⁶⁰.

Becksteins Vereinbarung mit den Sicherheitsbehörden in Peking im Jahr 2006 war zugleich eine bemerkenswerte Kehrtwende in der Politik des bayerischen Innenministers angesichts der Tatsache, dass das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Oktober 2006 – also einen Monat vor dem Besuch aus China – noch eine Broschüre zur Wirtschaftsspionage veröffentlichte, in der besonderes Augenmerk den chinesischen Aktivitäten auf diesem Gebiet gegen die deutsche Wirtschaft gewidmet war⁶¹.

Die Studie rückt China unter den „Hauptauftragebern“ von Wirtschaftsspionage an die erste Stelle: Seit zwei Jahrzehnten schon versuche die Volksrepublik den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und rüstungstechnischen Rückstand gegenüber den führenden Industrienationen durch geheimdienstliche Beutezüge aufzuholen. Für die Wirtschaftsspionage werden das Ministerium für Staatssicherheit, der militärische Nachrichtendienst (MID) und das dritte Büro der Volksbefreiungsarmee – zuständig für fernmeldeelektronische Aufklärung - verantwortlich gemacht. Als Mitarbeiter der chinesischen Geheimdienste auf deutschem Gebiet werden Angehörige der Botschaft sowie Mitarbeiter der Handelsvertretungen und Presse-

59 Vgl. Rahmani, Waliullah: a.a.O. und China Daily vom 24.12.2003

60 Vgl. Recherchen des WDR-Fernsehmagazins MONITOR 2008

61 Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg/Landesamt für Verfassungsschutz Bayern (Hrsg): Wirtschaftsspionage in Baden Württemberg und Bayern. Daten Fakten Hintergründe, Stuttgart, Oktober 2006

agenturen identifiziert, die zum Teil sogar auf eine professionelle Tarnung verzichteten. Ergänzt werde dieses Spionagepotential durch die Anbindung von in Deutschland lebenden chinesischen Wissenschaftlern und Studenten. Die Studie nennt konkrete Beispiele angefangen beim versuchten Dokumentendiebstahl eines Mitglieds einer Handelsdelegation bei einem Unternehmensbesuch in Deutschland – über den Versuch der Abschöpfung eines deutschen Unternehmers und Wissenschaftlers mittels mehrfacher Einladungen nach China und dem Angebot einer Gastprofessur – bis zur Weiterleitung von empfindlichen Daten des Nuklear- und Raumfahrtbereiches an den chinesischen Geheimdienst durch den Gastwissenschaftler an einer Münchener Universität. Produktpiraterie im Zuge deutsch-chinesischer Joint Ventures fällt dabei schon fast in die Kategorie Alltägliches.

Eine Schlüsselrolle spielt das seit 2003 geltende „China Compulsary Certification“-Systems (CCC) für Exporteure, dessen Strategie das perfekte Einfallstor in westliche Technologien vorsieht:

- Antragstellung bei chinesischer Behörde
- Typprüfung in akkreditiertem Büro in China
- Besichtigung der Fertigungsstätten durch chinesische Inspektoren
- Jährliche Folgeinspektionen⁶².

Anfang September 2007 äußerte auch Angela Merkel bei einem Besuch in Peking harsche Kritik an der laxen Haltung Chinas in Bezug auf die Industriespionage. Auch Merkel bezog sich auf Dokumente des bayrischen Landesamtes für Verfassungsschutz, in denen den chinesischen Nachrichtendiensten vorgeworfen wurde, mit Hilfe gefälschter Powerpoint-Präsentationen so genannte „Trojaner“ auf den Servern von Landes- und Bundesbehörden platziert zu haben. Die auch vom SPIEGEL zitierten Dokumente enthielten auch dezidierte Hinweise auf die Drahtzieher im chinesischen Staatssicherheitsdienst und im chinesischen Militärgeheimdienst, die aber in den Veröffentlichungen nicht genannt wurden. Experten vermuteten, dass damit die guten, seit Anfang der 1980er Jahre bestehenden Beziehungen des Bundesnachrichtendienstes zu seinen Partnern in Peking nicht mehr als nötig beschädigt werden sollten⁶³.

Der BND unterhält seit dem Anfang der 1980er Jahre intensive Partnerdienstbeziehungen zu den chinesischen Diensten mit Ausnahme des Parteigeheimdienstes, die sich zunächst über-

62 Vgl. ebenda S. 15ff.

63 Vgl. auch Intelligence Online Nr. 553 vom 6. September 2007

wiegend eine Zusammenarbeit im Bereich der fernmeldeelektronischen Aufklärung erstreckte⁶⁴. Die Kooperation liegt zum einen seit 1997 in den Händen des in der deutschen Botschaft eingebundenen offiziellen BND-Residenten⁶⁵. Zum anderen reisen auch etwa jährlich hochrangige BND-Delegationen in die chinesische Hauptstadt. Im Gegenzug wurden in Pullach Abgesandte des Militärnachrichtendienstes aus Peking empfangen. So genannte Planespottter sichteten den Dienst-Jet des BND, eine FALCON 900, beispielsweise am 14. September 2005⁶⁶ und am 4. September 2007 Peking.

Die chinesische Propaganda-Strategie, Autonomiebestrebungen in Zentralasien und islamistischen Terrorismus in der Region in einen Topf zu werfen, fand im Januar 2008 auch in der Bundesrepublik willfährigen Widerhall. Berndt Georg Thamm zeichnete in seinem Buch „Der Dschihad in Asien“⁶⁷ ein Bedrohungsbild der „islamistischen Gefahr in Russland und China“, das weitgehend der chinesischen Position folgte. Als Kronzeuge diente ihm dabei der stellvertretende Militärattaché der Volksrepublik China in Berlin, Chen Chuan, der in Wahrheit Hauptresident des chinesischen Militäргеheimdienstes in Berlin ist. Unter den Personen, denen Thams Dank gilt, befindet sich auch Xiong Guangkai, Leiter des Instituts

64 Diese Kooperation, bei der der BND die Technik liefert und im Gegenzuge die übersetzten Aufklärungsergebnisse bekommt, begann 1985 mit der Eröffnung einer funkelektronischen Aufklärungsstation im chinesischen Pamirgebirge nahe der Grenze zu Afghanistan. Als der Vertrag nach 15jähriger Laufzeit erneuert werden musste, traf BND-Präsident August Hanning in Peking eine neue Vereinbarung, die eine weitere gegen Nordkorea gerichtete Station einschloss, und sagte dafür 15 Millionen D-Mark zu. Dem chinesischen Wunsch nach Lieferung mobiler Abhöreranlagen entsprach die deutsche Seite jedoch nicht, weil damit auch die Telekommunikation der Inlandsopposition überwacht werden könnte.

65 Die Positionierung eines BND-Mitarbeiters in Peking war bereits im Oktober 1975 beschlossen worden, wurde aber zeitweise ausgesetzt. Zunächst platzierte der BND dann in die Presseabteilung der Botschaft verdeckt eingebaute Mitarbeiter wie „Andermatt“, bis 1997 „Dr. Zeussel“ als Legalresident in die chinesische Hauptstadt ging; Vgl. Müller, Peter F. und Michael Müller: Gegen Freund und Feind, Reinbek 2002, S. 545f.

66 Vgl. stern vom 17.1.2007: Was macht der BND in Kasachstan?

67 Vgl. Thamm, Bernd Georg: Der Dschihad in Asien: Die islamistische Gefahr in Russland und China, München 2008

für Internationale Strategische Studien, der zuvor Chef des chinesischen Militärgeheimdienstes war⁶⁸.

Der Dalai Lama zwischen den Fronten

Im Vorfeld der Olympischen Spiele sah sich die chinesische Regierung in der Tibet-Frage großem internationalem Druck ausgesetzt, dem die Reformkräfte um Wen Jibao zeitweise durch Konzessionen sogar nachzugeben dachten. Nach einer Einschätzung des Chefunterhändlers des Dalai Lama, Klesang Gyaltsan, haben die Reformer mit fünf gegen vier im Politbüro der KP Chinas eine hauchdünne Mehrheit⁶⁹.

Mit dem Anwachsen der internationalen Proteste im Umfeld des Fackellaufs und angesichts der massiven Unruhen in Tibet setzten die chinesischen Nachrichtendienste dennoch eine harte Linie gegen ihre inneren und äußeren Gegner durch. Die Befürworter eines Kompromisses mit dem geistigen Oberhaupt der Tibeter wie Premierminister Wen Jibao unterlagen Anfang April 2008 bei einem Krisentreffen des Politbüros der KP Chinas Geheimdienstchef Zhou Yongkang und dem Propagandadirektor Li Changchun, die versprachen, es sei möglich, in der Tibetfrage die Initiative zurück zu gewinnen und Chinas Image in der Weltöffentlichkeit wieder aufzupolieren. Li wurde dabei beauftragt, die Vereinigungen chinesischer Studenten im Ausland für Jubeldemonstrationen entlang des olympischen Fackellaufs und zur Verbreitung nationaler Parolen im Internet zu aktivieren. Die Geheimdienstler in Pekings Londoner Botschaft stützten sich dabei auf kriminelle, wenngleich traditionelle⁷⁰ Partner: Sie nahmen Kontakt zu den Triaden – namentlich Shui Fong und Big Circle in Soho – auf, die den Operationen von Dissidenten und tibetischen Flüchtlingen Fesseln anlegen sollten⁷¹.

68 Vgl. Intelligence Online Nr. 572 vom 25.6.2008

69 Vgl. DER SPIEGEL 32/2008: „Peking hält uns hin“

70 Im Jahre 1951 fielen die kriminellen, mit Tschiang-Kai-Tschek verbundenen Geheimgesellschaften in China einer blutigen Säuberung zum Opfer. Zugleich warb der damalige Auslandsnachrichtendienst Tewu jedoch Triaden-Mitglieder beispielsweise aus der „Grünen Bande“ an, um sie im operativen Opiumgeschäft vornehmlich in den asiatischen Kronkolonien Großbritanniens einzusetzen; Vgl. Faligot, Roger und Rémi Kauffer: Der Meister der Schatten, München 1988, S. 284 und 317

71 Vgl. Intelligence Online Nr. 568 vom 10.4.2008 unter Berufung auf britische Quellen

Auf die Abstimmungsniederlage im Politbüro im April reagierte Wen Jibao nach den Spielen mit Säuberungen im Geheimdienstapparat in Tibet. Nach übereinstimmenden Meldungen aus Peking und Lhasa wurde der seit November 2004 amtierende Geheimdienstkoordinator und Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit in Lhasa, Wang Binyi, im September 2008 abgelöst. Mit ihm gingen einige Dutzend Offiziere, die für die Unterdrückungspolitik verantwortlich waren. Zugleich verlor der für Sicherheitsfragen zuständige Vizepräsident der Regierung der autonomen Region Tibet, Quin Yinzhi, sein Amt. Binyi und Yinzhi wurden durch Li Zhaou ersetzt, einen jungen Technokraten aus der Regionalverwaltung, der als Mitglied der Jugendorganisation der KP Chinas enge Beziehungen zu Wen Jibao unterhält. Parallel kam es in der Tibetabteilung des Parteinachrichtendienstes (UFWD) in Lhasa unter Leitung des Tibeters Lobsng Gyaincain zu weiteren Säuberungen, während der Guoanbu ungerupft blieb⁷².

Bereits im Dezember 2007 waren in der Himalaya-Region Ausschreitungen und Proteste aufgeflammt. Peking hatte Truppenverstärkungen der Volksbefreiungsarmee nach Tibet entsandt⁷³ und die Exilregierung in Indien für den Aufruhr verantwortlich gemacht. Am 49. Jahrestag des missglückten Aufstands demonstrierten dann am 10. März 2008 300 Mönche in Lhasa für die Freilassung von drei inhaftierten geistlichen Führern. 50 von ihnen wurden festgenommen. Zugleich verurteilte der Dalai Lama in seiner Gedenkrede die massiven Menschenrechtsverletzungen in Tibet⁷⁴. Bei den Unruhen im März wurden nach offiziellen Angaben insgesamt 20 Menschen getötet, während die tibetische Exilregierung von 200 Toten ausging⁷⁵.

Am ersten April 2008 verschärfte die chinesische Regierung ihre Angriffe gegen den Dalai Lama. Sie warf der "Dalai-Lama-Clique" vor, den Aufstand in Tibet von langer Hand vorbereitet zu haben. Zur Unterfütterung der Vorwürfe musste ein Bericht des Innenministeriums herhalten, der die Anzahl der bei Razzien in Tibets Hauptstadt Lhasa aufgefundenen Waffen auf 176 Pistolen, 13.013 Patronen, 7.725 Pfund Sprengstoff und 19.000 Dynamitstangen bezifferte. 414 Personen seien im Zusammenhang mit den gewalttätigen Protesten verhaftet

72 Vgl. Intelligence Online Nr. 579 vom 9.10.2008

73 Vgl. Intelligence Online Nr. 561 vom 16.1.2008

74 Vgl. FAZ vom 12.3.2008: Mönche demonstrieren in Tibet

75 Vgl. FAZ vom 15.10.2008: Haftstrafen für tibetische Mönche

worden und 298 weitere hätten sich selbst gestellt, verlautete ein Polizeisprecher, der auch das Gespenst von kommenden Selbstmordanschlägen an die Wand malte⁷⁶.

Gut einen Monat später veröffentlichte das staatliche Tibetan Research Center im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit eine differenziertere Sicht der Dinge. Diese Studie beschäftigte sich mit der Machtstruktur innerhalb der Exilregierung in Indien und behauptete, sie sei bereits zu 80 Prozent in den Händen des Tibetan Youth Congress (TYC). Dieser „Jugendkongress“ stützt sich nach eigenen Angaben auf 70.000 Mitglieder weltweit⁷⁷, während andere Quellen ihm 20.000 bis 30.000 Mitglieder zugestehen. Er folgt nicht dem dritten gewaltfreien Weg des Dalai Lamas und dessen Ziel von bloßer Autonomie, sondern setzt auf völliger Unabhängigkeit Tibets sowie der früher zum Königtum Tibet zählenden Teile der Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan und betrachtete daher die von Peking angebotenen Verhandlungen als bloße Falle.

Als besonders bedrohlich stellte die Studie heraus, dass der im Oktober 1970 gegründete TYC die Geheimdienste der Exilregierung unter seine Kontrolle gebracht habe. Die tibetische Exilregierung in Dharamsala verfügt über zwei Nachrichtendienste: Einen zur Spionageabwehr, der angesichts der Aktivitäten von des tibetischstämmigen Chefs der Tibetabteilung des Guoanbu, Gaisang Quepel, zur Infiltration der indischen Diaspora und seiner Versuche, den Dalai Lama politisch zu isolieren, geboten ist. Ein zweiter Geheimdienst ist zuständig für äußere Angelegenheiten – in Anlehnung an den indischen Dienst Research & Analysis Center getauft -, der sich jedoch mit Aufklärung und Analyse nicht bescheidet, sondern aus Peking verdächtigt wird, eine Schlüsselrolle bei der Organisation antichinesischer Proteste beim olympischen Fackellauf gespielt zu haben⁷⁸. Beide Dienste unterstehen dem Ministerium für Sicherheit der Exilregierung (Central Tibetan Administration – CTA)⁷⁹.

Eine direkte Zusammenarbeit der Funktionäre des Tibetischen Jugendkongresses mit der CIA war bis 1972 zu verzeichnen⁸⁰. In der Operation ST CIRCUS bildete der US-Geheimdienst von der Mitte der 1950er Jahre an sowohl in dem Armeelager Dhurma (Der Garten) im Camp Hale in Colorado wie auch in Franco-Spanien Tausende tibetische Guerillakämpfer aus. Anschließend wurden sie von Thailand aus als Fallschirmjäger in Tibet abgesetzt oder aber

76 Vgl. FAZ vom 3.4.2008: Peking rückt den Dalai Lama in die Nähe des Terrorismus

77 Vgl. <http://www.tibetanyouthcongress.org/aboutus.html>

78 Vgl. Intelligence Online Nr. 567 vom 27.3.2008 und Nr. 570 vom 15.5.2008

79 Laut ihrer website (www.tibet.net) hat dieses Ministerium der CTA vier Abteilungen: Auf-
fanglager, Forschung & Analyse, Dokumentation & Investigation, Spezielle Koordination.

80 Vgl. Intelligence Online Nr. 577 vom 11.9.2008

über Nepal nach Tibet geschleust, um dort gegen die chinesische Besatzung zu kämpfen. Dieses langjährige Joint-venture mit der CIA wirkt bis heute fort. Der ehemalige Vorsitzende des TYC, Lhasang Tsering, war in der letzten Phase der Operation ST CIRCUS als Kämpfer aktiv und vertritt heute die Meinung, dass es an der Zeit sei, wieder in den bewaffneten Widerstand zu treten, weil das Überleben der Tibeter durch Chinas Siedlungspolitik mit einer wachsenden Anzahl von Han-Chinesen in Tibet zutiefst gefährdet sei. Die Operation ST CIRCUS währte bis 1972, bis US-Präsident Richard Nixon die entscheidende Wende in der US-amerikanischen Chinapolitik vollzog⁸¹.

Möglicherweise steht der BND heute in direktem Kontakt zum Dalai Lama. Am 7. April 2006 verzeichnet der Flugplan der BND-Dienstmaschine von Pristina kommend eine Reise von „BLPR“ nach Berlin. BLPR ist das internationale Flughafenkürzel für Balanpur im indischen Bundesstaat Makarashtra nahe am Sitz der Exilregierung des Dalai Lama.

An der Frage des Olympiaboykotts war der Zwist zwischen dem Dalai Lama und dem Tibetischen Jugendkongress einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Am 17. März 2008 hatte der Chef des TYC den Dalai Lama für dessen gemäßigte Haltung kritisiert, während der 73-Jährige sich für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele in China ausgesprochen hatte. Für den Fall, dass die Tibeter in ihrem Streben nach Selbstbestimmung zu den Waffen greifen sollten, warnte der Dalai Lama einen Tag später: "Sollten die Dinge außer Kontrolle geraten, dann bliebe mir nur der Rücktritt"⁸². Dabei war die Frage des Olympiaboykotts nur vordergründig. Im Kern ging es darum, ob die Tibeter ihre Unabhängigkeit weiterhin nur mit friedlichen Mitteln anstreben oder den bewaffneten Kampf gegen China aufnehmen sollten. Der vierundsechzigjährige Mönch Samdhong Rinpoche, Premierminister der tibetischen Exilregierung, hatte den Dalai Lama mit der Frage konfrontiert: „Wenn Sie die tibetische Unabhängigkeit in einem Tag durch das Töten von hundert Chinesen erreichen könnten, würden Sie es tun?' Sollte er dies verneinen, kann er nicht als politisches Oberhaupt der Tibeter fungieren. In diesem Fall ist ihm seine Philosophie wichtiger. Mönche sind gute Leute, aber vielleicht sind sie zu gut für die grobe Politik, die uns vernichtet"⁸³. Die vom chinesischen Geheimdienst analysierte Konstellation würde die überraschende Rücktrittsdrohung des Dalai Lama immerhin als ins eigene Lager zielenden Schritt erklären.

81 Vgl. Jehangir Pocha: a.a.O

82 Vgl. tagesschau.de vom 18.3.2008: „Mir bliebe nur der Rücktritt“

83 Vgl. Jehangir Pocha: a.a.O

Solchen unverhohlenen Aufrufen zur Gewalt aus Kreisen der Exilregierung leisteten nur wenige Mönche im März 2008 Folge. Acht von ihnen verübten in Gaynbe in der Chamdo-Präfektur einen Sprengstoffanschlag auf ein Regierungsgebäude und wurden im Oktober 2008 dafür verurteilt. Neun andere Mönche aus dem Tongxia-Kloster waren bereits im September für die Zündung einer selbstgefertigten Bombe verurteilt worden⁸⁴.

Im April 2008 verstärkte der chinesische Propagandaapparat seine Angriffe auf den TYC und befreundete Organisationen wie den tibetischen Frauenkongress oder die Bewegung freier tibetischer Studenten, denen vorgeworfen wurde bereits 450 Terroristen in den USA ausgebildet zu haben. Aufgehängt an der Berichterstattung über den Aufruhr in Lhasa am 14. März beschuldigten china.daily und die Nachrichtenagentur Xinhua den TYC, im Januar 2008 eine Aufstandsbewegung des tibetischen Volkes und ein entsprechendes Komitee unter Führung des TYC-Vorsitzenden Tsewang Rinzin gegründet zu haben, das geheime Ausbildungskurse im Guerillakrieg initiiert habe. Zitiert wurde dabei auch ein Statement des früheren TYC-Chefs Gaisan Puncog, der sich für den Einsatz sowohl gewaltfreier als auch gewalttätiger Mittel aussprach sowie eine frühere Erklärung von Tendzin Choegyal, der zu Folge der jüngere Bruder des Dalai Lama für terroristische Aktivitäten als wirkungsvollstes Instrument zu niedrigsten Kosten votiert habe⁸⁵. Wasser auf die Mühlen Pekings leiteten dabei verschiedene Sprecherinnen und Sprecher tibetischer Organisationen im April 2008 in Indien. So erklärte Tarini Mahta von der Organisation „Friends of Tibet“, die Politik der Gewaltlosigkeit des Dalai Lama habe nichts gebracht, und Rin Chin Norzong von der „Tibetan Women’s Organization“ drohte: „China hat uns so lange unterdrückt, und nur eine Revolution kann sie stoppen. Wir sind bereit, bis zum Ende zu kämpfen!“⁸⁶.

Als Falle betrachteten die Gegner eines weichen Kurses in Peking die von der internationalen Gemeinschaft quasi aufgezwungene Wiederaufnahme der Gespräche mit Vertretern des Dalai Lama⁸⁷. Und deshalb setzten sie auch hier auf die geheimdienstliche Karte. Als Ver-

84 Vgl. FAZ vom 15.10.2008: Haftstrafen für tibetische Mönche

85 Vgl. Xinhua vom 12.4.2008: Special report: Dalai clique’s separatist activities condemned und chinadaily.com.cn vom 15.4.2008: Tibetan Youth Congress (TYC) is a terror group

86 Zitiert nach ZEIT ONLINE vom 1.4.2008: Tibet. Bis zum Ende kämpfen

87 Von 2002 bis Sommer 2007 hatte es insgesamt sechs Gesprächsrunden gegeben, die jedoch ergebnislos verliefen. China machte erfolglos zur Voraussetzung, dass der Dalai Lama die „unzertrennliche Einheit Chinas mit Tibet und Taiwan“ anerkenne, während der tibetische Sonderbeauftragte für die Gespräche im Juli 2007, Luodi Jiari, der Regierung in Peking vor-

handlungsführer für die Gespräche am 4. Mai in Shenzen wurden zwei Männer aus einem der beiden Parteigeheimdienste der KP Chinas, dem United Front Worker`s Department (UFWD – Tongyi Zhanxian Gongzhuobu) ausgewählt: Zhu Weiqun, Leiter des 2005 geschaffenen Siebten Büros des UFWD für tibetische Angelegenheiten, und den aus Tibet stammenden Sita vom Zweiten UFWD-Büro, der jahrelang von der Schweiz aus die tibetische Europagemeinde im Visier hatte⁸⁸. In der Schweiz hat nämlich der Tibetische Jugendkongress (TYC) – neben Norwegen und Frankreich – einen seiner drei Stützpunkte in Europa.

Der Chefunterhändler des Dalai Lama, Klesang Gyaltzen, bestritt im August 2008, dass der TYC als Ganzes für Gewaltanwendung plädiere und lehnte bei seinen nächsten Gesprächen mit der chinesischen Führung Anfang Juni 2008 die chinesische Forderung ab, sich von der “terroristischen Vereinigung” zu distanzieren. Insgesamt beklagte Gyaltzen, dass Peking in den Verhandlungen eine Hinhaltenaktik an den Tag lege, nur über persönliche Angelegenheiten des Dalai Lama und nicht über die Zukunft von sechs Millionen Tibetern reden wollte, während zugleich in Tibet eine massive Kampagne zur patriotischen Umerziehung läuft. Für den nächsten Verhandlungstermin im Oktober 2008 kündigte er einen detaillierten Plan für die Autonomie Tibets an. Sollte die chinesische Führung auf diese Vorschläge positiv reagieren, könne eine Pilgerreise des Dalai Lamas nach Tibet und ein Treffen mit dem chinesischen Staatspräsidenten folgen⁸⁹.

Schon im Vorfeld dieser achten Gesprächsrunde hatte der Dalai Lama in doppelter Hinsicht resigniert. Zum einen sah der Friedensnobelpreisträger die Hoffnung begraben, dass die chinesische Regierung nach Ablauf der Olympischen Spiele zu irgendwelchen Zugeständnissen an eine Autonomie für Tibet bereit wäre. Zum anderen verkündete er, über die Zukunft Tibets solle das tibetische Volk entscheiden, nicht er als Individuum. Deshalb müsse es Mitte November eine Sondersitzung der Exilregierung und aller Exiltibeter geben. Er reagierte damit auch auf die Provokation des chinesischen Außenamts, er solle einmal während seines Lebens etwas Gutes für das tibetische Volk tun⁹⁰.

Die bis zum 5. November 2008 währenden Verhandlungen entsprachen im Ergebnis den Befürchtungen des Dalai Lama. Pekings Verhandlungsführer Du Qinglin aus der Abteilung Ein-

warf, nie ernsthaft über konkrete Fragen der Autonomie verhandelt zu haben; Vgl. die tageszeitung vom 26.4.2008: Peking spricht mit Dalai Lama

88 Vgl. Intelligence Online Nr. 570 vom 15.5.2008

89 Vgl. DER SPIEGEL 32/2008: „Peking hält uns hin“

90 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2008: Dalai Lama verliert den Glauben

heitsfront der KP Chinas wies das vorlegte Memorandum über eine „echte Autonomie“ zurück und erteilte jeder „Unabhängigkeit in versteckter Form eine klare Absage“⁹¹.

Das geistliche Oberhaupt der Tibeter rief daraufhin für den 17. November eine Versammlung von 600 Exiltibetern ein, an der er jedoch selbst nicht teilnahm, um nach eigenem Bekunden die Diskussion nicht zu beeinflussen⁹². An Beschlüsse dieser Versammlung ist er jedoch so wenig gebunden wie an Beschlüsse der Exilregierung CTA oder des Exilparlaments ATPD: „Da der Dalai Lama die ultimative Macht in seinen Händen hält, agiert der Rest der CTA nur symbolisch. So sieht sich beispielsweise die gewählte exiltibetische Volksvertretung nur als ‚Debatierzirkel‘ ohne Bezug zur Realpolitik, da alle von der ATPD diskutierten Beschlüsse nur mit Zustimmung des Dalai Lama umgesetzt werden können“⁹³.

Über die Stärke der konkurrierenden exiltibetischen Fraktionen während des sechstägigen Diskurses ist nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Vielmehr gingen die Exponenten der Lager mit unveränderten Positionen an die Öffentlichkeit. Der Führer des TYC, der 37jährige Tsewang Rigzin, betonte im Interview mit dem Münchner Nachrichtenmagazin Focus, er verfolge weiterhin die vollständige Unanhängigkeit Tibets in seinen alten Grenzen, schloss jedoch die Anwendung von Gewalt dabei aus⁹⁴.

Der Dalai Lama suchte wie gewohnt die große politische Bühne zur Bekräftigung seiner Position, die ihm am die Europäische Union bot. Am 4. Dezember erklärte er vor dem EU-Parlament, es gäbe zwar auch militante Anhänger unter den Tibetern, alle organisierten Gruppen seien jedoch auf den Weg der Gewaltfreiheit eingeschwenkt. Er betonte vor den Europaabgeordneten, er trete mit einem Mandat der Tibeter für Gewaltverzicht auf und wolle keineswegs die Abspaltung von China, sondern echte Autonomie. Nachdem der amtierende EU-Ratspräsident Sarkozy den Dalai Lama am 6. Dezember auch in Danzig empfangen wollte, reagierte Peking mit der Absage des EU-China-Gipfels, der am 1. Dezember 2008 in Lyon stattfinden sollte⁹⁵. Diese Reaktion zeigt sehr deutlich, dass die Bereitschaft der chinesischen Regierung, wenigstens etwas mehr Autonomie zu gewähren, gegen Null tendiert. Am Tag der Absage des EU-China-Gipfels, dem 28. November 2008, sandte Peking zugleich ein starkes nachrichtendienstliches Signal an die Adresse der EU. Der Biochemiker Wo Weihan wurde aufgrund eines Urteils vom November 2006 wegen Spionage für Taiwan

91 Vgl. FAZ vom 8.11.2008: Peking will Tibet nicht mehr Autonomie gewähren

92 Vgl. FAZ vom 18.11.2008: Exiltibeter beraten in Dharamsala

93 Römer, Stephanie: a.a.O.: S. 45

94 Vgl. Focus 48/2008: „Das Streben nach bloßer Autonomie hat zu gar nichts geführt“

95 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5.12.2008

hingerichtet. Laut Anklage soll er dem taiwanesischen Militärgeheimdienst bis zu seiner Festnahme 2005 sowohl Informationen über die Zielplanung chinesischer Raketen als auch über den Gesundheitszustand von Spitzenpolitikern übermittelt haben. Taipehs Nachrichtendienst teilte dem Rivalen in Peking zwar mit, Wo habe nie als Agent für ihn gearbeitet, aber das rettete den Naturwissenschaftler nicht, der lange Jahre in Deutschland und Österreich gelebt hatte. Zum Affront gegen die EU wurde die Hinrichtung, weil sich die Europäische Union – wie die USA – auf Betreiben der in Österreich ansässigen Töchter Wos für dessen Freilassung eingesetzt hatte⁹⁶.

Kurz zuvor, nämlich Mitte November 2008 hatte das Pekinger Ministerium für Staatssicherheit einen geheimdienstlichen Schlag gegen die tibetische Exilregierung geführt, indem es eine führende Frau aus dem 7. Büro des UFWD (United Front Workers Department) wegen Hochverrats verhaftete. Bi Hua wird beschuldigt, sowohl für den für den tibetischen Nachrichtendienst (Research & Analysis Center), als auch für den TYC spioniert zu haben. Entsprechende Beweise habe man auf der Festplatte ihres Computers sichergestellt. Die 53jährige hatte mindestens seit März 2008 für die Gegenseite gearbeitet und unter anderem die chinesische Verhandlungsposition für die Gespräche mit den Abgesandten des Dalai Lama im Mai 2008 ausgespäht. Bi war vom stellvertretenden Sprecher des Parlaments und Mitglied des Politbüros, Wang Zhaoguo, protegiert worden, der selbst bis 2002 im Arbeitsministerium gearbeitet hatte. Seine Ziehtochter hatte zahlreiche internationale Menschenrechtskonferenzen besucht und zu ihrer Tarnung dort zu heftigen Verbalattacken auf die Tibeter gegriffen⁹⁷. Der Fall führte zu einer Umbesetzung in der Führung des UFWD: Die 57jährige You Lantian wurde im Dezember 2008 zur neuen stellvertretenden Leiterin des wichtigsten Parteinachrichtendienstes ernannt. Seit 2006 war sie die Pekinger Abteilung des UFWD und in dessen 5. Büro auf Wirtschaftsspionage spezialisiert. In ihrer zweiten Eigenschaft als Präsidentin der überseeischen chinesischen Freundschaftsgesellschaften hatte sie 2006 auch Deutschland besucht und war dabei vom Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht worden⁹⁸.

„Bei kühler Abwägung der nationalen Interessen Chinas müsste die Regierung in Peking auf einen wirklichen Ausgleich in der Tibet-Frage hinarbeiten. Die Finanzkrise, die sich womöglich zu einer Wirtschaftskrise für die Volkswirtschaft auswächst, könnte die der Führung so wichtige Stabilität im Land schon bald nachhaltiger beeinträchtigen als alle eingebildeten

96 Vgl. Intelligence Online Nr. 583 vom 4.12.2008

97 Vgl. Intelligence Online Nr. 548 vom 18.12.2008

98 Vgl. Intelligence Online Nr. 585 vom 8.1.2009

und realen ‚Separatisten zusammen‘, lautete die perspektivische Hoffnung im Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 18. November 2008. Sicher leidet das Wirtschaftswachstum auch in der Volksrepublik China unter der Weltwirtschaftskrise, weit weniger jedoch als die Volkswirtschaften der westlichen Industrienationen, Japans und Russlands. Die globalen ökonomischen Gewichte verschieben sich zugunsten Pekings. In dieser neuen Lage wird Peking stärker mit dem ökonomischen Pfund wuchern und es als Gegengewicht gegen europäisches und amerikanisches Drängen auf mehr Selbstbestimmungsrechte für die Tibeter in die Waagschale werfen.

Die nächste Nagelprobe steht bereits vor der Tür, wenn China nach den Olympischen Spielen in einem weiteren prestigeträchtigen Ereignis 2010 seine Wirtschaftskraft zur Schau stellen wird. Und auch in diesem Zukunftsprojekt Chinas spielen die Nachrichtendienste wieder frühzeitig eine bedeutende Rolle. Im Mai 2008 wurde Zhang Xuebing von Präsident Hu Jintao zum neuen Leiter des Ministeriums für öffentliche Sicherheit in Shanghai ernannt. Der frühere Parteichef des modernsten Shanghaier Bezirks Pudong gilt als Mitglied des Präsidentenclans. Zusammen mit dem Leiter der Abteilung für Gegenspionage des Ministeriums für Staatssicherheit in Shanghai, Cai Xumin, soll er für die Sicherheitsvorkehrungen bei der Weltausstellung 2010 in Shanghai verantwortlich sein⁹⁹.

In den Beratungen unter den Exiltibetern nach der Abfuhr aus Peking hat sich offensichtlich die Einsicht durchgesetzt, dass nur der Nimbus der Gewaltlosigkeit die moralische Unterstützung eines gewichtigen Teils der Weltöffentlichkeit garantiert. Mit der geringsten Konzession an gewaltbereite Kreise würden die CTA und der Dalai Lama nur den chinesischen Nachrichtendiensten in die Hände spielen, die professionell genug sind, Terrorakte auf ihre Urheber zurückzuführen. Aber mit der Durchsetzung seiner Linie spielt er zugleich einer Pekinger Strategie in die Hände, die geduldig auf sein Ableben setzt.

Die Spannungen zwischen den beiden Lagern in der tibetischen Exilregierung werden sich dann verschärfen, wenn es gilt, im Falle seines Todes den Nachfolger für den 73jährigen Dalai Lama zu bestimmen. Als er nach seiner Frankreichreise vom 28. August 2008 bis zum 1. September 2008 in einer Klinik in Bombay lag, vermuteten der tibetische und der indische Geheimdienst, er sei vergiftet worden, obwohl die behandelnden Ärzte dies ausgeschlossen hatten. Beide Nachrichtendienste stellten wie der chinesische jedoch schon eine Notfallplanung für den Todesfall auf.

⁹⁹ Vgl. Intelligence Online Nr. 570 vom 15.5.2008

In dem Augenblick, wo die Exilregierung in Indien mit einer neuen Reinkarnation aufwartet, könnte sich Peking selbst auf die Suche machen und einen „Gegenpapst“ präsentieren. Dafür gibt es bereits einen Präzedenzfall: 1995 hatte der Dalai Lama einen Sechsjährigen als Reinkarnation des Panchen Lama präsentiert und die chinesische Regierung setzte dem einen Gleichaltrigen als ihren Kandidaten für die 11. Wiedergeburt Buddhas entgegen. Für die Durchsetzung der Pekinger Wahl, setzt die KP Chinas auf bei Tibetern prominente Unterstützung: Die einzige Tochter des 1989 gestorbenen zehnten Panchen Lama, der 1962 unter Hausarrest gestellt, aber 1977 rehabilitiert worden war. 2002 hatte sie in den 11. Panchen Lama in Lhasa eine halbe Stunde lang sehen dürfen und anschließend bekundet, sie sei sich nicht sicher, ob der junge Mann tatsächlich die Wiedergeburt ihres Vaters sei.

Auch für die Auswahl des 15. Dalai Lama ist Prinzessin Yabshi Pan Rinzinwangmo, die ähnlich gemäßigte Positionen vertritt wie das amtierende geistige und politische Oberhaupt der Tibeter, die Favoritin Pekings. Rinzinwangmo ist die einzige Tochter des Panchen Lama, der 1979 mit 40 Jahren eine 21jährige Chinesin heiratete, die Enkelin des Generals Dong Qiwu, der von Tschiang Kai-schek zu Mao übergelaufen war. Die westlich angehauchte Frau hat mehrere Jahre politische Wissenschaften in Washington D.C. studiert und lehrt jetzt Finanzwissenschaften an der Tsinghua-Universität in Peking. Für eine solche Lösung soll bereits das Einverständnis der US-Regierung vorliegen. Der Parteinachrichtendienst der KP Chinas bereitet diese Nachfolgelösung bereits vor: Das Politbüromitglied Liu Yandong, die Leiterin des UWFL (United Work Front Department), hat schon entsprechende Annäherungsversuche an die Prinzessin unternommen¹⁰⁰.

Renji, wie sie mit chinesischem Namen heißt, hat die politische Bühne schon früh betreten. Mit 18 Jahren wurde sie Vizepräsidentin des tibetischen Roten Kreuzes und sie pflegt in Peking engen Umgang mit den Söhnen und Töchtern von Chinas politischer Elite, nachdem sie 2002 in ihre Heimat zurückgekehrt war. Ihre politischen Ziele hat sie bereits formuliert: Fortsetzung des Ausgleichskurses ihres Vaters, Verbesserung der Lebensverhältnisse in Tibet und die Durchsetzung der Rechte von Frauen. „Politische Macht würde mir helfen, diese Ziele zu erreichen“¹⁰¹, ließ sie 2008 die Nachrichtenagentur Reuters selbstbewusst wissen. Im Oktober 2008 reiste sie zu den Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag ihres Vaters durch Tibet

100 Vgl. Intelligence Online Nr. 577 vom 11.9.2008

101 Zitiert nach Frail, Marie und Benjamin Kang Lim: Tibetan leader's daughter has eye on politics, <http://www.phayul.com/news> vom 9.10.2008

und stieß sowohl bei den Menschen, als auch bei Mönchen in der Provinz Quinghai auf große Begeisterung¹⁰².

102 Vgl. Lim, Benjamin Kang: Thousands in China pay tribute to late Tibetan lama,
<http://www.phayul.com/news> vom 9.10.2008